

Presseinformation

Alexa Lamberz
Pressesprecherin der Fraktion

**DIE LINKE. Fraktion im
Landtag Brandenburg**

Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 966 15 37
Telefax: 0331 / 966 15 40

pressestelle@
linksfraktion-brandenburg.de

Potsdam, den 22.01.2016

22. Sitzung des Landtages

TOP: 15. Die Fortschreibung des Gleichstellungspolitischen Rahmenprogrammes

Redebeitrag: Diana Bader

(Es gilt das gesprochene Wort)

Frau Präsidentin!
Meine Damen und Herren!

Liebe Brandenburgerinnen,

von einer wirklichen Gleichstellung der Geschlechter ist Deutschland noch weit entfernt. Immer noch verdienen Frauen bei vergleichbarer Tätigkeit oft weniger als Männer. Frauen haben es schwerer in Führungspositionen aufzusteigen, bei Gewalt in der Beziehung sind zumeist Frauen das Opfer.

Seit der Gründung des Landes Brandenburg hat die Gleichstellung von Frauen und Männern Priorität in der Landespolitik. Dies manifestiert sich nicht zuletzt in dem entsprechenden Passus der Landesverfassung. Die brandenburgische Landesregierung hat im Jahr 2011 erstmals ein Gleichstellungspolitisches Rahmenprogramm unter dem Titel „Neue Chancen, faires Miteinander, gute Lebensperspektiven“ aufgelegt, um konkrete Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter vorzunehmen. Damit war Brandenburg bundesweit federführend.

Mit dem hier vorliegenden Antrag geht es nun um die Fortschreibung und ein Leitbild für ein geschlechtergerechtes Brandenburg.

Gleichstellungspolitik in Brandenburg ist auf die Beseitigung struktureller Benachteiligungen von Frauen und Mädchen ausgerichtet. Aber auch Jungen und Männer hat sie dort mit im Blick, wo für sie Probleme oder Benachteiligungen deutlich werden.

Grundvoraussetzung für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens ist eine wirtschaftliche Unabhängigkeit. Mädchen und Frauen sind nach wie vor mit strukturellen Benachteiligungen vor allem in der Arbeitswelt konfrontiert. Trotz hervorragender schulischer und beruflicher Qualifizierung werden Berufe und Lebensmuster, die als weiblich gelten, nach wie vor geringer bewertet als männliche.

Laut Statistik verdienen Frauen seit Jahren ein Fünftel weniger als Männer. Zwei Monate und 20 Tage mussten Frauen im vergangenen Jahr mehr arbeiten, um das Durchschnittsgehalt ihrer männlichen

Kollegen zu bekommen. Besonders oft sind Frauen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen beschäftigt, wie Teilzeit- und Minijobs. Und auch in Vollzeit verdienen viele so wenig, dass sie trotz alledem beim Amt eine Aufstockung beantragen müssen.

Zu viele Frauen und Männer sind immer noch sehr stark im klassischen Rollenschema verhaftet.

Meistens sind es Frauen, die Familie und Beruf unter einem Hut bekommen müssen.

Mehr als 20 Prozent der Frauen sind von Armut bedroht.

Leider ist auch das Thema häusliche Gewalt an Frauen und ihren Kindern nach wie vor aktuell. Jede vierte Frau hat Gewalt durch ihren Partner oder Ex-Partner erfahren. Mit dem Doppelhaushalt 2015/2016 wurde erstmals seit Jahren die Finanzierung der Frauenhäuser deutlich erhöht. Gewaltprävention, Intervention und die Weiterentwicklung der Schutzstruktur bleiben ein wichtiges Thema.

Und was ist mit Alleinerziehenden, Älteren, Frauen und Männer mit Behinderung, Zugewanderten...? Auch sie dürfen wir auf gar keinen Fall aus den Augen verlieren... Alleinerziehende fühlen sich oft allein gelassen und man wünschte sich, es gäbe keine Frauen- sondern eine Mütterquote. Denn auch in ihnen steckt ganz viel Potenzial. Und es ist an der Zeit, dass ein Umdenken in den Köpfen erfolgt.

In der öffentlichen Wahrnehmung konnte der Gleichstellungspolitik in den vergangenen Jahren eine neue Bedeutung zugemessen werden. Derzeit werden in Regionalgesprächen mit Vertretern von Frauen- und Familienverbänden, Mädchen- und Frauenzentren, kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, Kommunalpolitikern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern aktuelle Probleme, Fragen und Vorschläge diskutiert, welche in die Fortschreibung einfließen sollen. Ich habe an einigen Veranstaltungen teilgenommen. Immer wieder kamen dabei die Verantwortung der Kommunen und die Unterstützung der Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zur Sprache. Die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten sind wichtige Akteure auf regionaler und lokaler Ebene. Wir müssen sie stärker unterstützen, beispielsweise durch Beratung, Schulungsangebote und Hilfestellung bei der Vernetzung.

Anrede,

Aufbauend auf dem bisher Erreichten, gilt es den Weg einer offenen und erfolgreichen Gleichstellungspolitik im Land Brandenburg weiter zu gehen. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

Danke